

Diese Meldung kann unter <http://www.presseportal.de/pm/8664/1481269/schaeden-durch-wirtschaftskriminalitaet-steigen-drastisch-imageverluste-wiegen-schwer> abgerufen werden.



Schäden durch Wirtschaftskriminalität steigen drastisch - Imageverluste wiegen schwer

24.09.2009 - 10:30 Uhr, PwC PriceWaterhouseCoopers

Frankfurt am Main (ots) - PwC-Studie Wirtschaftskriminalität 2009: Wettbewerbsdelikte verursachen die höchsten Schäden / Krise lässt Kriminalitätsrisiko nach Einschätzung der Unternehmen ansteigen / Investitionen in Prävention bleiben unzureichend

Betrug, Spionage, Korruption und andere Straftaten haben in den vergangenen zwei Jahren über 60 Prozent der deutschen Großunternehmen getroffen. Gleichzeitig sind die direkten finanziellen Schäden durch Wirtschaftskriminalität drastisch gestiegen. Im Durchschnitt verursachte jedes aufgedeckte Delikt einen Schaden von knapp 4,3 Millionen Euro, während der Vergleichswert im Zeitraum von 2005 bis 2007 bei knapp 1,6 Millionen Euro lag, wie aus der Studie "Wirtschaftskriminalität 2009 - Zur Sicherheitslage in deutschen Großunternehmen" der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PricewaterhouseCoopers (PwC) und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hervor geht. Die zusätzlichen Aufwendungen für das Schadensmanagement, beispielsweise Anwaltskosten, lagen von 2007 bis 2009 unverändert bei rund 830.000 Euro je Delikt.

"Die direkten Kriminalitätskosten sind aber oft nur die Spitze des Eisbergs. Vor allem bei Korruption, Datendiebstahl oder auch Preisabsprachen wiegt der Schaden für den Ruf des betroffenen Unternehmens mittlerweile schwerer als der messbare finanzielle Verlust", betont Steffen Salvenmoser, ehemaliger Staatsanwalt und Partner bei PwC.

So hat im Zeitraum von 2007 bis 2009 annähernd jedes zweite Unternehmen (44 Prozent) einen erheblichen Reputationsverlust in Folge einer aufgedeckten Straftat erlitten. In der Vorläuferstudie von 2007 war dies nur bei 27 Prozent der Befragten der Fall. Als gravierende indirekte Schäden nannten die Unternehmen zudem die Beeinträchtigung der Beziehungen zu Geschäftspartnern (45 Prozent) und Behörden (31 Prozent) sowie einen Rückgang der Arbeitsmoral bei den Beschäftigten (36 Prozent). Gut jedes fünfte börsennotierte Unternehmen verzeichnete einen Rückgang des Aktienkurses als Kriminalitätsfolge - in der Studie von 2007 hatte nur jeder zwölfte Befragte diesen Aspekt genannt.

Wirtschaftskrise als zusätzlicher Treiber

Für die kommenden Jahre erwarten die Unternehmen auch angesichts der Wirtschaftskrise einen weiteren Anstieg der Wirtschaftskriminalität. Gut 40 Prozent der Befragten rechnen in ihrer Branche verstärkt mit Wettbewerbsdelikten wie Industriespionage oder Kartellabsprachen, knapp jedes dritte Unternehmen prognostiziert mehr Straftaten auf Grund von Arbeitsplatzsorgen der Beschäftigten. "Vor diesem Hintergrund überrascht, dass die befragten Unternehmen ihre Investitionen in Präventions- und Kontrollmaßnahmen kaum erhöhen wollen. Jedes fünfte will das Budget in den kommenden zwei Jahren sogar kürzen. Anders als beispielsweise in den Vereinigten Staaten wird das Thema 'Compliance' offenbar von vielen deutschen Unternehmen noch immer nicht ernst genommen", kritisiert Claudia Nestler, Partnerin bei PwC im Bereich Forensic Services.

Für die Studie wurden im Frühjahr 2009 zunächst 500 deutsche Großunternehmen befragt. Im August folgten 100 Interviews zu den erwarteten Folgen der Wirtschaftskrise. Die Erhebung umfasst alle entdeckten Straftaten der Jahre 2007 und 2008 und ist damit umfassender als die Kriminalstatistik, die nur die zur Anzeige gebrachten Delikte berücksichtigen kann. Um Verzerrungen durch Einzelfälle zu vermeiden, wurden nur Delikte bis zu einer Schadenshöhe von 250 Millionen Euro berücksichtigt.

Wettbewerbsdelikte bringen Höchstschaden

Die meisten Wirtschaftsstraftaten der vergangenen zwei Jahre waren Vermögensdelikte wie beispielsweise Betrug oder Unterschlagung (41 Prozent aller Fälle), gefolgt von Wettbewerbsdelikten (39 Prozent) und Korruption (13 Prozent). Allerdings verursachten Kartellabsprachen, Produktpiraterie, Datendiebstahl und andere Wettbewerbsstraftaten mit gut 5,8 Millionen Euro die weitaus größten Durchschnittsschäden. Vermögensdelikte schlugen mit rund 1,7 Millionen Euro zu Buche, Korruptionsfälle mit durchschnittlich knapp 1,6 Millionen Euro.

In diesen Berechnungen nicht enthalten sind die kaum quantifizierbaren indirekten Schäden. Diese sind vor allem bei Wettbewerbsdelikten hoch. So berichtet jedes vierte Unternehmen,

das an einer Kartellabsprache beteiligt war, über große Folgeschäden, beispielsweise durch die Abwanderung von Kunden oder verstärkte Kontrollen der Aufsichtsbehörden. Die indirekten Schäden durch Patentverletzungen sind bei knapp jedem fünften Betroffenen groß, aufgedeckte Korruptionsfälle bringen etwa jedem achten Unternehmen erhebliche verdeckte Verluste.

Delikte werden meist zufällig entdeckt

Obwohl die befragten Unternehmen ihre Kontroll- und Präventionsmaßnahmen in den vergangenen zwei Jahren verstärkt haben, wurden rund sieben von zehn Straftaten durch Tipgeber oder rein zufällig entdeckt. Häufiger als in früheren Jahren brachten systematische Ermittlungen von Polizei und Staatsanwaltschaft Delikte ans Licht (acht Prozent gegenüber sechs Prozent zwischen 2005 und 2007), während die interne Revision nur noch 13 Prozent der Vergehen (2005 bis 2007: 16 Prozent) aufdeckte.

"Die nach wie vor hohe Zufallsquote weckt auf den ersten Blick Zweifel an der Effizienz von Kontroll- und Präventionsvorkehrungen. Außerdem bieten noch zu wenige Unternehmen einen Hinweisgebersystem oder zumindest einen Ombudsmann an, an die sich Unternehmensangehörige oder auch Externe (Lieferanten, Subunternehmen) vertrauensvoll wenden können", erläutert Professor Kai Bussmann von der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

So haben mittlerweile 44 Prozent der Befragten einen Compliance-Beauftragten. Mit wettbewerbswidrigen Absprachen beispielsweise setzen sich aber nur zwei von drei Kontrolleuren gezielt auseinander, und auch das Thema Korruption gehört für immerhin 15 Prozent der Compliance-Beauftragten nicht zu den Kernaufgaben.

Dass gezielte und konsequente Präventionsmaßnahmen erfolgreich sind, zeigt ein Vergleich deutscher Unternehmen mit in Deutschland ansässigen Tochterunternehmen von US-Konzernen. So gab es zwischen 2007 und 2009 nur bei zwei Prozent der US-Tochterunternehmen Korruptionsdelikte, jedoch bei 14 Prozent der Unternehmen mit deutschem Stammsitz. Zu diesem Befund passt, dass 61 Prozent der US-Töchter ein Hinweisgebersystem für Korruptionsfälle installiert haben, aber nur 31 Prozent der deutschen Firmen.

Top-Manager landen seltener vor Gericht

Die knappe Mehrheit (51 Prozent) der Haupttäter stammt aus den geschädigten Unternehmen selbst. Der "typische" Täter ist männlich (90 Prozent der Fälle) und seit mehr als zehn Jahren in der Firma beschäftigt (45 Prozent). Gut zwei Drittel der Straftaten werden von Führungskräften begangen, knapp 30 Prozent der Delikte von Angestellten im Top-Management.

Die Tatmotive sind aus Sicht der befragten Unternehmen vielfältig. Die Mehrzahl der Überführten wurde offenbar wegen einer Kombination aus finanziellen Anreizen (55 Prozent) und mangelndem Unrechtsbewusstsein (62 Prozent) straffällig. Doch verweisen einige Befragte auch auf unternehmensspezifische Defizite. So führten sie 14 Prozent der Delikte auf eine mangelnde Kommunikation von Unternehmenswerten und ethischen Richtlinien zurück. Bei einem ebenso großen Teil der Delikte war der Druck durch Zielvorgaben nach Einschätzung der Befragten zumindest ein Auslöser für die Straftat.

Bemerkenswert ist, dass sich Täter in den vergangenen Jahren seltener vor Gericht verantworten mussten. Stellten die Unternehmen zwischen 2005 und 2007 noch gegen 61 Prozent der Überführten eine Strafanzeige, sank die Quote zwischen 2007 und 2009 auf 50 Prozent. Dabei werden Täter aus dem Top-Management deutlich seltener angezeigt (33 Prozent) als mittlere Führungskräfte (49 Prozent) oder Beschäftigte ohne Führungsaufgaben (54 Prozent). Für 20 Prozent der überführten Top-Manager hatte ihre Tat sogar überhaupt keine Konsequenzen.

"Zwar lässt sich die relative Milde gegenüber Tätern aus der Führungsetage auch mit besonderen rechtlichen und sachlichen Schwierigkeiten im Einzelfall erklären. Allerdings ist diese Praxis unter dem Gesichtspunkt der Glaubwürdigkeit und Vorbildfunktion des Managements äußerst problematisch", betont Salvenmoser.

Pressekontakt:

Karim Schäfer
PricewaterhouseCoopers AG WPG
Presseabteilung
Tel.: (069) 95 85 - 5435
E-Mail: karim.schaefer@de.pwc.com

Redaktionshinweis:

Die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ist in Deutschland mit 8.870 Mitarbeitern und einem Umsatzvolumen von rund 1,47 Milliarden Euro eine der führenden Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaften. An 28 Standorten arbeiten Experten für nationale und internationale Mandanten jeder Größe. PwC bietet Dienstleistungen an in den Bereichen Wirtschaftsprüfung und prüfungsnahen Dienstleistungen (Assurance), Steuerberatung (Tax) sowie in den Bereichen Transaktions-, Prozess- und Krisenberatung (Advisory).

Originaltext:

PwC PriceWaterhouseCoopers

Pressemappe:

<http://www.presseportal.de/pm/8664/pwc-pricewaterhousecoopers>

Pressemappe als RSS:

http://presseportal.de/rss/pm_8664.rss2